

## **In einem Jahr sollen Arbeiten zur Überbauung Burgernziel starten**

Obwohl der Gemeinderat beim Burgernziel-Projekt aufs Tempo drückt, kritisieren mehrere linke Stadträte sein Vorgehen.



Hier sollen in einem Jahr die Bauarbeiten beginnen.

Bild: Adrian Moser

Rund 100 Wohnungen, ein Quartiertreff, eine Kita, ein Restaurant sowie Quartierläden im Erdgeschoss sollen auf dem Areal des Tramdepots Burgernziel entstehen. Dies ist seit zwei Jahren bekannt, als das Basler Büro DS Architekten mit ihrem Projekt «Bärn Ost» den Wettbewerb für die Überbauung gewann. Nun möchte die Stadt das Grundstück im Baurecht an einen privaten Investor abgeben. Das Land ist über 10 Millionen Franken Wert (16,7 Millionen), somit braucht die Stadt den Segen der Stimmbevölkerung. Bereits am 14. Juni sollen die Berner darüber abstimmen.

Mindestens ein Drittel der Wohnungen müssen nach gemeinnützigen Kriterien erstellt werden. So verlangt es die Motion der SP-Stadträte Rithy Chheng und Thomas Göttin, die der Stadtrat 2012 überwiesen hatte. Erst am vergangenen Donnerstag stimmte er zudem einer Fristverlängerung des Geschäfts bis Ende 2015 zu. Obwohl es mit der Überbauung endlich vorwärtsgehen soll, sind sowohl Motionär Rithy Chheng als auch Stadtrat Lukas Gutzwiller (GFL), der Mitglied bei der Wohnbaugenossenschaft Acht Bern ist, alles andere als zufrieden.

### **Nur 18 günstige Neuwohnungen?**

In seiner Abstimmungsbotschaft an den Stadtrat zählt der Gemeinderat die bereits vorhandenen Wohnungen an der Staufferstrasse, die sich im Baurecht der Genossenschaft Karl Staufferstrasse befinden, zum geforderten Anteil des gemeinnützigen Wohnraums dazu. Die Bauten seien Bestandteil des Wettbewerbs-perimeters, heisst es. «Dass der Gemeinderat einfach die alten Wohnungen dazuzählt, ist eine Frechheit», sagt Gutzwiller. «In der Motion wurde verlangt, dass ein Drittel der neuen Wohnungen als gemeinnützige gebaut werden müssen.» Nach dem Vorschlag des Gemeinderats würden statt rund 35 nur 18 Neubauwohnungen nach gemeinnützigen Standards erstellt. «Wir werden uns dagegen wehren.»

Auch Motionär Rithy Chheng kritisiert den zuständigen Gemeinderat, Alexandre Schmidt (FDP). Er verzögere das Projekt bewusst, «damit mehrere Projekte von gemeinnützigem Wohnbau zusammenfallen und er nachher sagen kann, die Wohnbauträger könnten die Baukosten sowieso nicht stemmen», sagt Chheng. Gegen die Vorwürfe wehrt sich Schmidt. Die Motion habe wörtlich verlangt, dass in der Wohnzone ein Drittel als gemeinnütziger Wohnraum erstellt werde – von einem Drittel neuer Wohnungen stehe nichts. «Der Gemeinderat hat die Motion eins zu eins umgesetzt. Gegenstand des Wettbewerbs war das alte

Tramdepot mitsamt den Liegenschaften an der Staufferstrasse», sagt Schmidt. Der Gemeinderat gehe sogar noch weiter und wolle die Liegenschaften auch im Falle eines Neubaus einer gemeinnützigen Trägerschaft abgeben. Chhengs Kritik hält Schmidt gar für eine «böartige Unterstellung». Seine Aufgabe sei es, die Geschäfte sauber vorzubereiten, und sicher nicht, diese zu sabotieren. Dennoch hält Schmidt fest: «Wenn man alle künftigen Bauprojekte, bei denen gemeinnützige Wohnbauträger zum Zuge kommen sollen, zusammenzählt, kommt man auf ein Investitionsvolumen von bis zu einer halben Milliarde.» Schmidt erwähnt etwa die Überbauungen Viererfeld und Warmbächliweg. Dass die Genossenschaften Baukosten in diesem Ausmass stemmen könnten, hätten sie zwar in den letzten 25 Jahren nicht bewiesen. «Aber ich habe die Zusage erhalten, dass dies möglich sein soll. Gerne vertraue ich darauf.»

### **Soziale Durchmischung als Ziel**

Trotz aller Kritik hofft Chheng darauf, dass «so schnell wie möglich beim -Burgernziel gebaut werden kann». Für Chheng gilt die Zürcher Wohn- und Gewerbesiedlung Kalkbreite als Vorbild. Dort können die Bewohner Gemeinschaftsräume nutzen, etwa eine Bar, ein Malatelier, einen Jugendtreff. «Vor allem die soziale Durchmischung unter den Bewohnern überzeugt mich», sagt Chheng. Auch gemäss seiner Motion sollen im Erdgeschoss der neuen Siedlung Geschäftsräume eingerichtet werden.

Der Zeitplan von Immobilien Stadt Bern (ISB) ist sportlich: Die Vorlage werde prioritär behandelt, sodass der Abstimmungstermin im Juni eingehalten werden könne, sagt Schmidt. Kommt die Vorlage durch, sucht die Stadt nach Investoren. Bereits Anfang 2016 sollen die alten Gebäude abgebrochen werden. Schmidt beziffert die Baukosten gemäss Projekt mit rund 72 Millionen Franken. (Der Bund)

(Erstellt: 21.02.2015, 12:11 Uhr)